

Boss, Alfred; Dovern, Jonas; Meier, Carsten-Patrick; Scheide, Joachim

**Book Part — Published Version**

## Konjunktur in Deutschland schwächt sich deutlich ab

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Boss, Alfred; Dovern, Jonas; Meier, Carsten-Patrick; Scheide, Joachim (2008) : Konjunktur in Deutschland schwächt sich deutlich ab, In: Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2008, ISBN 3894562994, Kiel Institute for the World Economy, Kiel, pp. 20-37

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/28858>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Konjunktur in Deutschland schwächt sich deutlich ab

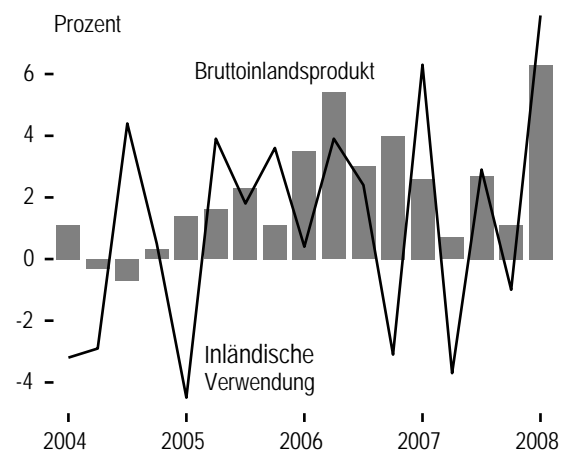
Alfred Boss, Jonas Doavern, Carsten-Patrick Meier und Joachim Scheide

## Zusammenfassung:

Die deutsche Wirtschaft ist mit viel Schwung in das Jahr 2008 gestartet, bedingt allerdings nicht zuletzt durch eine Reihe von Sonderfaktoren. Im weiteren Jahresverlauf wird sich die Konjunktur merklich abkühlen, da die Impulse aus dem Ausland nachlassen, die Investitionsdynamik geringer wird und die Verbraucher sich nach dem Schub bei den Energiekosten mit Käufen zurückhalten. Auch der Aufschwung am Arbeitsmarkt geht zu Ende. Mit der leichten Belebung der Weltkonjunktur im nächsten Jahr dürfte sich die Konjunktur in Deutschland wieder etwas erholen. Wir revidieren unsere Prognose für den Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2008 von 1,9 auf 2,1 Prozent und senken die Prognose für das Jahr 2009 von 1,2 auf 1,0 Prozent.

Der Produktionsanstieg in Deutschland war zu Beginn dieses Jahres überraschend kräftig. Laut erster Veröffentlichung durch das Statistische Bundesamt nahm das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer laufenden Jahresrate von 6,3 Prozent zu (Abbildung 1) und war damit wesentlich stärker, als alle Beobachter erwartet hatten. Der Anstieg geht rund zur Hälfte auf die Zunahme der Lagerinvestitionen zurück. Daneben expandierten die Bauinvestitionen deutlich, begünstigt durch das warme Wetter in den ersten Monaten dieses Jahres. Auch die Ausrüstungsinvestitionen wurden sehr kräftig ausgeweitet; die erwartete Reaktion auf die Vorzieheffekte im Hinblick auf die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen zu Beginn dieses Jahres blieb (vorerst) aus. Ferner zogen die privaten Konsumausgaben, die Ende 2007 noch gesunken waren, im ersten Quartal leicht an. Die Exporte nahmen weiterhin sehr deutlich zu. Da der Anstieg der Importe aber merklich größer ausfiel, war der Wachstumsbeitrag vom Außenhandel – anders als in den Vorquartalen – negativ. Alles in allem war die deutsche Wirtschaft recht robust gegenüber den negativen Einflüssen, die sich aus der US-Immobilienkrise, dem Anstieg der Rohstoffpreise und der kräftigen Aufwertung des Euro ergeben haben.

Abbildung 1:  
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2004–2008<sup>a</sup>



<sup>a</sup>Real, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Inlandsproduktsberechnung* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

## Konjunktur in Deutschland schwächt sich deutlich ab

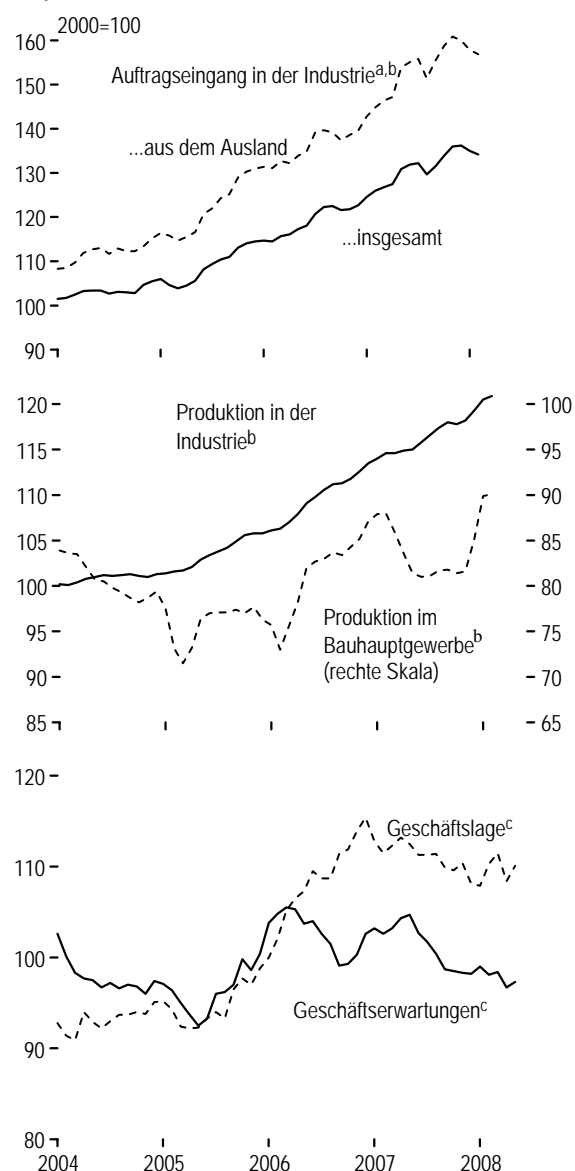
Auf dem Arbeitsmarkt setzte sich die positive Tendenz fort. In den ersten Monaten dieses Jahres ist die Zahl der Arbeitslosen, begünstigt durch das milde Wetter, sogar drastisch gesunken. Im Frühjahr belief sich die Arbeitslosenquote (in der Definition der Bundesagentur für Arbeit) auf 7,9 Prozent, das sind 1,3 Prozentpunkte weniger als vor einem Jahr. Der Auftrieb bei den Verbraucherpreisen hat sich in den vergangenen Monaten kaum vermindert. Im Mai betrug die Inflationsrate immer noch 3,0 Prozent. Vor allem die Energiepreise sind weiter kräftig gestiegen.

Ob und wie stark die besonders kräftige Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts zu Jahresbeginn die Prognose beeinflusst, hängt von der Interpretation der Ursachen ab. Der Anstieg könnte signalisieren, dass die zugrunde liegende konjunkturelle Dynamik höher ist, als sie bisher eingeschätzt wurde. Dies wäre Anlass, die Prognose deutlich nach oben zu revidieren. Allerdings hat zu dem hohen Zuwachs eine Reihe von Sonderfaktoren beigetragen. So wird für das erste Quartal eine sehr starke Zunahme der Lagerinvestitionen ausgewiesen, die sich im zweiten Quartal korrigieren dürfte. Daneben war die günstige Witterung maßgeblich für den außerordentlich kräftigen Anstieg der Bauinvestitionen; auch hier dürfte es eine Korrektur im folgenden Quartal geben. Ferner dürften die Daten auch die Grundtendenz für die Ausrüstungsinvestitionen überzeichnen, weil Güter, die im Hinblick auf die bevorstehende Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen bestellt worden waren, teilweise erst nach der Jahreswende ausgeliefert wurden. All dies wird voraussichtlich dazu führen, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal spürbar sinkt. Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im laufenden Quartal etwas über dem Niveau liegen, das wir im vergangenen März prognostiziert haben. Dies ist jedoch kein Grund, unser Konjunkturmodell grundlegend zu ändern.

Trotz des erwarteten Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Produktion im zweiten Quartal dürften die konjunkturellen Auftriebskräfte weiterhin die Oberhand behalten, und die negativen Schocks werden nicht dazu führen, dass

der Produktionsanstieg ins Stocken gerät oder gar eine Rezession einsetzt. Diese Einschätzung wird durch wichtige Frühindikatoren gestützt. So hat sich das Geschäftsklima trotz der Hiobsbotschaften von den internationalen Finanzmärkten und den Weltrohstoffmärkten nur wenig eingetrübt (Abbildung 2). Selbst die Export-

Abbildung 2:  
Konjunkturindikatoren 2004–2008



<sup>a</sup>Real. — <sup>b</sup>Saisonbereinigt, gleitender Dreimonatsdurchschnitt. — <sup>c</sup>Gewerbliche Wirtschaft.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Ifd. Jgg.); ifo (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen.

## Konjunktur in Deutschland schwächt sich deutlich ab

erwartungen sind trotz der Euro-Aufwertung und der nachlassenden Expansion der Weltwirtschaft nur wenig pessimistischer geworden. Die aktuelle Geschäftslage beurteilen die Unternehmen nach wie vor sogar recht positiv. Dies stimmt überein mit den Daten für die Auftragsbestände; diese haben sich in den ersten Monaten dieses Jahres nur wenig verringert. Der „Order-Capacity-Index“, der von der Deutschen Bundesbank berechnet wird, befindet sich immer noch auf sehr hohem Niveau. Die Aufwärtstendenz bei der Nachfrage nach Industriegütern hat sich nach der Jahreswende zwar nicht mehr fortgesetzt, dennoch waren die Auftragseingänge zuletzt höher als im dritten Quartal 2007 – also bevor, auch bedingt durch diverse Großaufträge, ein kräftiger Schub eingesetzt hatte. Dagegen deutete sich bei den Umsätzen des Einzelhandels in den ersten Monaten dieses Jahres noch keine Wende zum Besseren an. Allerdings ist dieser Indikator seit einiger Zeit wenig zuverlässig, vor allem deshalb, weil die Reihe häufig stark revidiert wird.

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion aufwärts gerichtet bleiben. Allerdings haben sich die Konjunkturaussichten für den Prognosezeitraum insgesamt etwas eingetrübt. So ist der Preis für Erdöl wesentlich höher als bei unserer vorherigen Prognose angenommen. Anstatt 100 US-Dollar je Barrel unterstellen wir nun einen Preis von 130 Dollar bis zum Ende des Prognosezeitraums (Tabelle 1). Dies hat zur Folge, dass die Inflationsrate in diesem und auch im kommenden Jahr spürbar höher ausfällt als bislang prognostiziert. Dadurch werden insbesondere die privaten Konsumausgaben gedämpft. Ferner haben sich die monetären Rahmenbedingungen etwas verschlechtert. So wertete der Euro nochmals – wenn auch nur wenig – auf, und die Zinsen für Dreimonatsgeld liegen derzeit um rund 50 Basispunkte höher als bei der Prognose im März unterstellt. Alles in allem erwarten wir, dass der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion in der zweiten Hälfte dieses Jahres und im Verlauf des kommenden Jahres etwas geringer sein wird als im März prognostiziert.

Tabelle 1:  
Rahmendaten für die Konjunktur 2007, 2008 und 2009

	2007				2008				2009			
	I	II	III	IV	I	II <sup>a</sup>	III <sup>b</sup>	IV <sup>b</sup>	I <sup>b</sup>	II <sup>b</sup>	III <sup>b</sup>	IV <sup>b</sup>
Zinssatz für Dreimonatsgeld	3,8	4,1	4,5	4,7	4,5	4,8	4,7	4,5	4,4	4,3	4,2	4,1
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	4,0	4,3	4,4	4,2	4,1	4,3	4,4	4,5	4,6	4,7	4,8	4,8
Tariflohnindex <sup>c,d</sup>	0,5	1,7	1,5	1,1	2,3	2,7	2,5	2,6	2,8	2,9	3,0	3,1
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,32	1,34	1,39	1,46	1,55	1,57	1,58	1,58	1,58	1,58	1,58	1,58
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft <sup>e</sup>	92,7	93,5	93,1	93,6	94,1	94,2	94,2	94,2	94,2	94,2	94,2	94,2
Industrieproduktion im Ausland <sup>f,g</sup>	3,4	4,3	3,8	3,2	3,2	3,0	1,7	1,7	1,9	1,8	2,1	2,4
Rohölpreis <sup>h</sup>	58,1	68,7	75,0	89,0	96,7	121,0	130,0	130,0	130,0	130,0	130,0	130,0

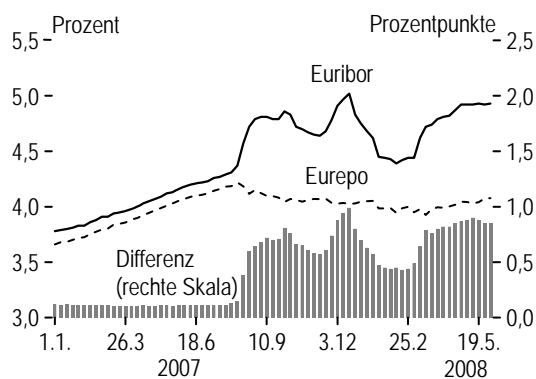
<sup>a</sup>Geschätzt. — <sup>b</sup>Prognose. — <sup>c</sup>Veränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — <sup>d</sup>Auf Stundenbasis. — <sup>e</sup>Gegenüber 36 Ländern auf Basis von Deflatoren für den Gesamtumsatz, Index: 1999 I = 100. — <sup>f</sup>Veränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — <sup>g</sup>In 45 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export. — <sup>h</sup>US-Dollar pro Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

## Finanzierungsbedingungen verschlechtern sich weiter

Die Finanzmarktkrise dauert an. Vor allem die Verspannungen am Geldmarkt haben sich noch nicht aufgelöst. Anders als im Frühjahr erwartet besteht weiterhin eine Vertrauenskrise im Interbankenhandel, die sich zuletzt sogar wieder leicht verschärfte. Abzulesen ist dies an der Differenz zwischen dem Zins für unbesichertes Dreimonatsgeld (Euribor) und dem für besichertes Dreimonatsgeld (Eurepo). Nachdem sich dieser Risikoaufschlag nach der Jahreswende bis auf rund 0,5 Prozentpunkte zurückgebildet hatte, schnellte er Ende März wieder hoch und lag zuletzt mit rund 0,9 Prozentpunkten nur unwesentlich unter dem Rekordhoch, das Mitte Dezember 2007 erreicht worden war (Abbildung 3). In der Folge übertraf der Satz für unbesichertes Dreimonatsgeld Ende Mai mit knapp 5 Prozent deutlich den maßgeblichen Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) von 4 Prozent. Dadurch dürften die Refinanzierungskosten der Banken weiterhin signifikant höher sein, als es normalerweise bei einem Mindestbietungssatz von 4 Prozent der Fall wäre.<sup>1</sup>

Abbildung 3:  
Geldmarktsätze für besichertes und unbesichertes  
Dreimonatsgeld 2007–2008



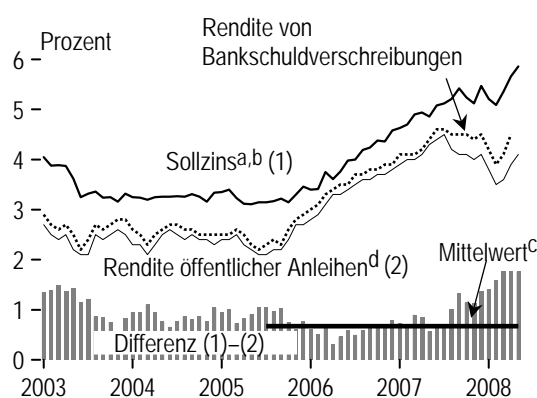
Quellen: EZB, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); Eurepo (2008); eigene Berechnungen.

<sup>1</sup> Vgl. dazu auch Projektgruppe *Gemeinschaftsdiagnose* (2008: 72–74).

In der Folge ist der Risikoaufschlag für neue Kredite von Banken an Unternehmen weiterhin höher als bis zum Beginn der Krise; im März und im April ist er sogar nochmals leicht gestiegen und betrug im April rund 1,8 Prozentpunkte (Abbildung 4). Während bis vor drei Monaten allerdings die sinkenden Kapitalmarktzinsen dafür sorgten, dass der durchschnittliche Sollsatz für neue Bankkredite an Unternehmen mit einem Volumen von über 1 Mill. Euro trotz erhöhten Risikoaufschlags relativ konstant blieb, hat er sich zuletzt bei steigenden Kapitalmarktzinsen erhöht und lag im März bei 5,4 Prozent. Wird unterstellt, dass sich der Risikoaufschlag gegenüber den Kapitalmarktzinsen zuletzt nicht geändert hat, dürfte der durchschnittliche Sollzinssatz im Mai sogar 5,9 Prozent betragen haben.

Auch die von der EZB in ihrem Bank Landing Survey abgefragten Kreditvergabestandards der Banken deuten auf eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen hin. Die Ergebnisse der Umfrage vom Mai bestätigen die Verschärfung der Standards aus dem ersten Quartal. So lag der Saldo aus der Zahl der Banken, die eine Anhebung der Standards angaben, und der Zahl jener Banken, welche über eine Lockerung be-

Abbildung 4:  
Sollzins der Banken und Kapitalmarktzinsen 2003–2008



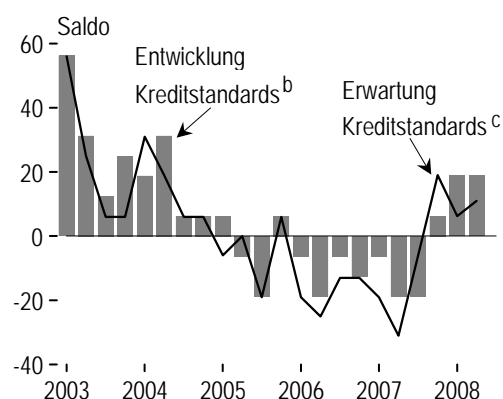
<sup>a</sup>Für Unternehmenskredite über 1 Mill. Euro mit variabler Verzinsung oder Zinsbindung bis zu einem Jahr. — <sup>b</sup>Für April und Mai 2008 unter der Annahme eines gegenüber März unveränderten Risikoaufschlags geschätzt. — <sup>c</sup>Über den Zeitraum von August 2005 bis Juli 2007. — <sup>d</sup>Mit einer Restlaufzeit von 1–2 Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.).

richteten, unverändert bei 19 (Abbildung 5). Dabei beschleunigte sich die Straffung der Standards für Kredite an Großunternehmen, während die Bedingungen für kleinere Firmen moderater anzogen als noch im ersten Quartal. Insgesamt dürfte die Fremdfinanzierung über Bankkredite für Unternehmen in Deutschland auch im zweiten Quartal schwieriger und teurer geworden sein.

Hingegen hat die Wechselkursentwicklung des Euro in den vergangenen drei Monaten die monetären Rahmenbedingungen nur noch leicht negativ beeinflusst. Nachdem sich am Markt die Erwartung durchgesetzt hatte, dass die Fed den Zinssenkungen der jüngsten Vergangenheit wohl keine weiteren Zinsschritte nach unten wird folgen lassen, hat der Euro seine Aufwertung gegenüber dem US-Dollar gestoppt. Von seinem Hoch bei 1,60 Mitte April fiel der Wechselkurs Anfang Mai auf rund 1,54, bevor er in den vergangenen Wochen wieder leicht anzog. Aufgrund der hohen effektiven Aufwertung des Euro bis zum ersten Quartal des laufenden Jahres hat sich jedoch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im zweiten Quartal gegenüber dem Vorjahresquartal um  $\frac{3}{4}$  Prozent verschlechtert.

Abbildung 5:  
Veränderung der Vergabestandards für Unternehmenskredite in Deutschland 2003–2008<sup>a</sup>



<sup>a</sup>Saldo aus Banken, welche eine Anhebung der Standards angeben, und Banken, die über eine Lockerung berichten. — <sup>b</sup>In den vergangenen drei Monaten. — <sup>c</sup>Für die kommenden drei Monate.

Quelle: EZB, *Bank Lending Survey* (lfd. Jgg.).

Für den Prognosezeitraum gehen wir weiterhin davon aus, dass die EZB den Leitzins auf dem jetzigen Niveau belässt. Die Risikoaufschläge am Geldmarkt werden sich graduell zurückbilden, auch wenn es zurzeit so scheint, als dauere dies länger als noch im Frühjahr angenommen. Die Kapitalmarktzinsen dürften nicht zuletzt aufgrund der höheren Inflation leicht anziehen. Für den Euro unterstellen wir einen Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar von 1,58. Vor diesem Hintergrund und den von uns prognostizierten Preisentwicklungen wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland im Prognosezeitraum nicht verändern.

### Budgetüberschüsse trotz stark steigender Ausgaben

Die Finanzpolitik war in den vergangenen Jahren durch ein beachtliches Maß an Ausgaben- disziplin geprägt. Zusammen mit der kräftigen Konjunktur hat dies bewirkt, dass die Ausgaben des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt stark gesunken sind (Tabelle 2). Im Jahr 2008 wird der Sparkurs aufgegeben. Die Ausgaben des Staates dürften um 2,5 Prozent zunehmen, nachdem sie im Zeitraum 2003–2007 um jahresdurchschnittlich lediglich 0,3 Prozent ausgeweitet worden waren.

Die Löhne im öffentlichen Dienst werden im Jahr 2008 erstmals seit Jahren merklich, und zwar je Stunde um knapp 3 Prozent, angehoben, und der Personalbestand dürfte wieder erhöht werden. Außerdem werden der Sachaufwand der Gebietskörperschaften (insbesondere in den Bereichen Verteidigung sowie Bildung und Forschung) und der der Sozialversicherung merklich expandieren. Zudem werden die öffentlichen Investitionen kräftig ausgeweitet. Überdies werden verschiedene Sozialleistungen aufgestockt. So werden die Ausgaben für das Eltern- bzw. Erziehungsgeld steigen, und der Kreis derer, die einen sogenannten Kinderzuschlag (anstatt des Sozialgeldes bei Bezug des

## Konjunktur in Deutschland schwächt sich deutlich ab

Tabelle 2:

Ausgaben, Einnahmen und Budgetsaldo des Staates 2000–2009<sup>a</sup> (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt)

	Ausgaben	Steuern <sup>b</sup>	Sozialbeiträge	Sonstige Einnahmen <sup>c</sup>	Budgetsaldo
2000	47,6 <sup>d</sup>	25,0	18,3	3,1	-1,2
2001	47,6	23,3	18,2	3,3	-2,8
2002	48,1	22,8	18,2	3,4	-3,7
2003	48,5	22,8	18,3	3,4	-4,0
2004	47,1	22,2	17,9	3,2	-3,8
2005	46,9	22,4	17,7	3,4	-3,4
2006	45,4	23,3	17,3	3,2	-1,6
2007	43,8	24,3	16,5	3,1	0,1
2008 <sup>e</sup>	43,4	24,2	16,2	3,1	0,1
2009 <sup>e</sup>	43,5	24,1	16,2	3,3	0,1

<sup>a</sup>Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). — <sup>b</sup>Einschließlich der Erbschaftsteuer und der der Europäischen Union zustehenden Steuern. — <sup>c</sup>Ausschließlich Erbschaftsteuer; nach Abzug der EU-Steuern. — <sup>d</sup>Die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (2,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) sind nicht als negative Ausgaben berücksichtigt. — <sup>e</sup>Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Arbeitslosengeldes II) beanspruchen können, wird erweitert. Ferner werden die Aufwendungen für Ausbildungsbeihilfen erhöht. Außerdem wird älteren Arbeitslosen mit einem Anspruch auf Arbeitslosengeld dieses rückwirkend ab Januar 2008 über einen längeren Zeitraum gewährt. Auch werden der Bund und die Bundesagentur für Arbeit zusätzliche Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen einsetzen. Darüber hinaus werden die Renten und – daran gekoppelt – der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II und der der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 1. Juli um 1,1 Prozent und damit stärker als gemäß der bislang geltenden Formel erhöht.<sup>2</sup> Schließlich werden zusätzliche Vermögenstransfers geleistet. So wird die Entwicklungshilfe aufgestockt. Auch wenden der Bund und einzelne Länder (z.B. Nordrhein-Westfalen und Sachsen) erhebliche Mittel auf, um öffentlich-rechtliche Banken zu unterstützen, nachdem diese infolge von Fehlspekulationen

<sup>2</sup> Der (im vorliegenden Fall dämpfende) Einfluss des sogenannten Nachhaltigkeitsfaktors wird nicht berücksichtigt.

nen im Zusammenhang mit der US-Immobilienkrise Verluste realisierten oder für Verluste anderer Banken eintreten mussten.<sup>3</sup> Die Ausgaben für Arbeitslosengeld und für Arbeitslosengeld II werden dagegen angesichts der insgesamt günstigen Konjunktur nochmals sinken.

Die Belastung durch Steuern und Sozialbeiträge insgesamt dürfte im Jahr 2008 abnehmen. Zwar wird die Lohnsteuerbelastung angesichts eines deutlich beschleunigten Lohnanstiegs progressionsbedingt stark steigen; beträchtliche Steuermindereinnahmen (6 ½ Mrd. Euro) sind aber infolge der Reform der Unternehmens- und Kapitaleinkommensbesteuerung zu erwarten.<sup>4</sup> Der Beitragssatz in der Sozialversicherung insgesamt wird deutlich niedriger sein als im Jahr 2007. Zwar wird der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung etwas steigen und der in der sozialen Pflegeversicherung zum 1. Juli 2008 um 0,25 Prozentpunkte erhöht, der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung aber wurde am 1. Januar 2008 um 0,9 Prozentpunkte gesenkt.

Das Steueraufkommen wird im Jahr 2008 wegen der insgesamt günstigen Konjunktur vermutlich um 3,8 Prozent auf 559 Mrd. Euro steigen. Dies trägt dazu bei, dass das Budget des Staates im Jahr 2008 wie im Vorjahr einen Überschuss in Höhe von rund 3 ½ Mrd. Euro aufweisen dürfte. Das strukturelle Budgetdefizit des Staates wird allerdings wohl wieder etwas zunehmen.

Im Jahr 2009 dürften die Ausgaben des Staates um 3 Prozent und damit leicht beschleunigt

<sup>3</sup> Die betreffenden Ausgaben der öffentlichen Hand werden auf 2 ½ Mrd. Euro veranschlagt; davon entfallen 1,2 Mrd. Euro auf den Bund. Sie werden hier als Vermögensübertragungen an Unternehmen erfasst. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass die aufgewendeten Beträge nur in der Finanzstatistik, und zwar als Beteiligungserwerb, ausgewiesen werden; in diesem Fall würde allerdings das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) mit großer Wahrscheinlichkeit vorschreiben, dass die Ausgaben nachträglich in die VGR einbezogen werden.

<sup>4</sup> Die hohen Abschreibungen vieler Banken dürften nicht nur im Jahr 2008 zu nennenswerten Mindereinnahmen bei der Körperschaftsteuer und bei der Gewerbesteuer führen. Die Kapitalerträge des Staates aus der Beteiligung an öffentlich-rechtlichen Banken werden infolge der Gewinneinbußen oder Verluste dieser Banken wohl deutlich sinken.

expandieren. Ein Teil des Anstiegs der Ausgaben (0,3 Prozentpunkte) hat freilich nur buchungstechnische Bedeutung. Den Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen gegenüber. Dazu kommt es deshalb, weil die Struktur der Zahlungen Deutschlands an die EU geändert wird.<sup>5</sup> Wahrscheinlich werden die Löhne im öffentlichen Sektor (mit rund 3 Prozent) ähnlich stark erhöht wie im Jahr 2008. Der Personalbestand dürfte angesichts der verbesserten Finanzlage etwas beschleunigt zunehmen, wenngleich der kräftige Lohnanstieg im öffentlichen Dienst dämpfend wirkt. Die öffentlichen Investitionen werden dagegen – nach dem starken Anstieg in den drei Jahren zuvor – wohl leicht abgeschwächt ausgeweitet. Die Renten dürften im Juli 2009 wegen des Eingriffs in die Rentenformel, aber auch wegen des beschleunigten Lohnanstiegs im Jahr 2008 wesentlich stärker als im Juli 2008 angehoben werden. Auch andere Transfers wie z.B. das Wohngeld werden kräftig erhöht. Vermutlich wird auch das Kindergeld aufgestockt; für die Prognose ist unterstellt, dass zusätzliche Ausgaben in Höhe von 2 Mrd. Euro getätigt werden. Weitere Ausgaben könnten dann erforderlich werden, wenn der Staat aufgrund von Bürgschaften zugunsten von Banken, die von der Immobilienkrise betroffen sind, in Anspruch genommen wird; die betreffenden Risiken sind beträchtlich.

Die Abgabenbelastung wird im Jahr 2009 voraussichtlich konstant bleiben. Die Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge dürfte sich insgesamt kaum ändern. Der Beitragssatz in der Krankenversicherung wird wohl – angesichts höherer Aufwendungen für ärztliche Leistungen

---

<sup>5</sup> Der EU fließen neben den Zolleinnahmen sogenannte Mehrwertsteuer-Eigenmittel und bruttonational-einkommensbezogene Eigenmittel zu. Erstere werden im Zuge einer Reform der EU-Finanzierung – bei einem Rückgang der Summe aus beiden Quellen – gesenkt, Letztere erhöht. Im System der VGR hat dies zur Folge, dass die Steuereinnahmen, die die Zolleinnahmen und die Mehrwertsteuer-Eigenmittel nicht umfassen, zunehmen und die Staatsausgaben, zu denen die einkommensbezogenen Eigenmittel zählen, in gleichem Maße steigen. Bei der in Tabelle 2 gewählten Abgrenzung der Staatseinnahmen schlägt sich die Änderung der Struktur der Zahlungen an die EU in erhöhten sonstigen Einnahmen und in höheren Ausgaben nieder.

infolge einer Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte – etwas steigen; der Satz in der Gesetzlichen Rentenversicherung wird trotz der entstandenen Überschüsse konstant bleiben. Offen ist, ob der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung gesenkt wird, obwohl eine Verringerung, die Wachstum und Beschäftigung stärken würde, ohne Weiteres finanzierbar ist (Boss 2007). Wir erwarten eine Reduktion des Satzes um 0,3 Prozentpunkte auf 3 Prozent.

Große Änderungen der Besteuerung sind trotz der intensiven steuerpolitischen Debatte nicht zu erwarten. Was die Einkommensteuer betrifft, so wäre es zwar angebracht, die bei unverändertem Recht aus der Steuerprogression resultierenden heimlichen Steuererhöhungen durch eine Indexierung des Steuertarifs sowie der Pausch-, Frei- und Höchstbeträge zu vermeiden. Aufgrund der Äußerungen von Mitgliedern der Bundesregierung und der großen Parteien halten wir es aber für nicht wahrscheinlich, dass entsprechende Maßnahmen schon im Jahr 2009 in Kraft treten werden; vermutlich wird es dazu erst nach der Bundestagswahl kommen. Allerdings wird voraussichtlich der Wert für das vom Staat garantierte Mindesteinkommen – als Folge einer Neuberechnung des soziokulturellen Existenzminimums – angehoben. Dies würde bedeuten, dass der Grundfreibetrag bei der Einkommensbesteuerung und der Kinderfreibetrag, aber auch das Arbeitslosengeld II und vergleichbare Transfers erhöht werden.

Unter den skizzierten Annahmen für die Finanzpolitik dürfte bei der erwarteten konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2009 abermals ein Überschuss im Staatshaushalt entstehen. Das strukturelle Budgetdefizit des Staates wird voraussichtlich geringfügig abnehmen.

---

## Geringere Ausfuhrdynamik

Die Ausfuhr dürfte im zweiten Quartal 2008 erneut lebhaft zugenommen haben. Zwar waren die Auftragseingänge aus dem Ausland im ver-



arbeitenden Gewerbe im ersten Quartal rückläufig, jedoch sind noch hohe Auftragsbestände abzarbeiten, die vor dem Jahreswechsel aufgelaufen waren. Dies dürfte dazu geführt haben, dass der Anstieg der Lieferungen gegenüber dem ersten Quartal sogar an Schwung gewonnen hat. Andere Frühindikatoren wie die Exporterwartungen der Unternehmen und der von uns berechnete Indikator der Unternehmenszuversicht in 41 – mit ihrem Anteil am deutschen Export gewichteten – Abnehmerländern haben sich weiter eingetrübt. Die zuletzt verzeichneten Rückgänge waren allerdings nicht gravierend, und beide Indikatoren befinden sich nach wie vor auf einem relativ hohen Niveau. Dies deutet darauf hin, dass die Ausfuhr in der zweiten Jahreshälfte infolge der zurückliegenden Aufwertung des Euro und der Abkühlung der Weltkonjunktur zwar an Dynamik einbüßen wird, die Abschwächung aber geringer sein dürfte als bisher erwartet. Mit der weltwirtschaftlichen Erholung im Laufe des kommenden Jahres dürfte die Ausfuhr im späteren Verlauf des Prognosezeitraums wieder an Schwung gewinnen. Die Importe dürften im Prognosezeitraum zunächst ebenfalls an Fahrt verlieren, da sowohl die Binnennachfrage als auch die Exporte weniger rasch ausgeweitet werden. Stützend auf die Importe wirkt allerdings, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ausländischer Hersteller durch die Aufwertung des Euro verbessert hat. Zum Ende des Prognosezeitraums dürfte die Einfuhr mit der Erholung der Konjunktur wieder etwas rascher expandieren.

Nach dem jüngsten Schub beim Weltmarktpreis für Rohöl werden die Importpreise im Sommerhalbjahr weiter kräftig zulegen, wenngleich etwas gedämpft durch die Aufwertung des Euro. Für den weiteren Prognosezeitraum sind konstante Ölpreise bei einem Niveau von 130 US-Dollar je Barrel unterstellt. Die Preise für nichtenergetische Rohstoffe werden voraussichtlich etwas sinken. Unter diesen Annahmen werden die Importpreise im kommenden Jahr kaum steigen. Im Jahresdurchschnitt wird der Deflator der Einfuhr im laufenden Jahr um reichlich 2 Prozent und im kommenden Jahr um knapp 1 Prozent über seinem Vorjahreswert liegen. Die Terms of Trade verschlechtern sich

im laufenden Jahr deutlich und im kommenden Jahr leicht.

### Anstieg der Binnennachfrage verliert an Schwung

---

Nach einem sehr kräftigen Anstieg zu Jahresbeginn wird die Expansion der Binnennachfrage im Prognosezeitraum deutlich an Schwung einbüßen. Mit Blick auf die Entwicklung in den kommenden Monaten ist vor allem von Bedeutung, dass die Zunahme im ersten Quartal die zugrundeliegende Dynamik aufgrund des Zusammentreffens mehrerer Sondereffekte deutlich überzeichnet. So wurde die Ausweitung der Bauinvestitionen erheblich durch die milde Witterung begünstigt. Legt man Umfragewerte des ifo Instituts zugrunde, so waren die Produktionsbehinderungen im Baugewerbe durch ungünstige Witterungsverhältnisse im ersten Quartal ähnlich gering wie zu Jahresbeginn 2007; beide Quartale zählen zu den Zeiträumen mit den geringsten witterungsbedingten Produktionsbehinderungen seit 1960. Außerdem expandierten die Ausrüstungsinvestitionen sehr stark. Hier dürfte eine Rolle gespielt haben, dass Investitionsgüter, die im vergangenen Jahr bestellt worden waren, um noch in den Genuss der seit Jahresbeginn 2008 entfallenen günstigeren Abschreibungsbedingungen zu kommen, aufgrund der hohen Kapazitätsauslastung im Investitionsgütergewerbe nicht mehr fristgerecht fertig gestellt werden konnten.<sup>6</sup> Darüber hinaus wurden die Vorratsinvestitionen spürbar ausgeweitet. All diese Sondereffekte dürften im zweiten Quartal entfallen sein; der durch sie ausgelöste Sprung des Nachfrageniveaus dürfte daher zum großen Teil korrigiert worden sein,

---

<sup>6</sup> Unternehmen hatten bis zum Jahresende 2007 die Möglichkeit, eine steuerfreie Rücklage für Investitionen im Folgejahr nach § 7g EStG zu bilden. Sie hatten insofern einen steuerlichen Anreiz, bis Jahresende 2007 Investitionsgüter zu bestellen, auch wenn deren Auslieferung bis zum Jahresende wegen der hohen Kapazitätsauslastung im Investitionsgütergewerbe nicht sichergestellt war.

## Konjunktur in Deutschland schwächt sich deutlich ab

so dass Anlage- und Vorratsinvestitionen deutlich rückläufig waren.

Aber auch längerfristig wird die Dynamik der Binnennachfrage nachlassen. Insbesondere haben sich die Rahmenbedingungen für die Unternehmensinvestitionen mit anziehenden Finanzierungskosten, steigenden Löhnen und Rohstoffpreisen sowie eingetrübten Absatzperspektiven spürbar verschlechtert. Zudem wird die Nachfrage nach Investitionsgütern durch die aus steuerlichen Erwägungen in das Jahr 2007 vorgezogenen Anschaffungen gedämpft (Tabelle 3). Die Wohnungsbauinvestitionen werden abnehmen; hier schlagen sich neben den erhöhten Finanzierungskosten und dem schwachen Anstieg der real verfügbaren Einkommen auch die deutlichen Bestandserweiterungen der vergangenen Jahre bremsend nieder. Weiterhin kräftig expandieren werden allerdings vor dem Hintergrund der gefüllten öffentlichen Kassen die öffentlichen Bauinvestitionen.

Wichtig für die Entwicklung der Binnennachfrage ist darüber hinaus, dass sich die Perspektiven für eine spürbare Ausweitung der privaten Konsumausgaben eingetrübt haben. Zwar dürfte die gestiegene Beschäftigung im laufenden Jahr für einen Stimulus sorgen, der dadurch verstärkt wird, dass die Selbstständigenhaushalte nach dem Wegfall der steuerlichen

Investitionsanreize vom vergangenen Jahr ihren Konsum beschleunigt ausweiten. Gleichwohl fällt die Erholung beim Konsum geringer aus als bisher erwartet, da mit dem abermaligen kräftigen Anziehen der Energiepreise die Expansion der real verfügbaren Einkommen merklich geringer ausfällt als bisher unterstellt. Mit Blick auf das Jahr 2009 kommt hinzu, dass der Aufschwung am Arbeitsmarkt zu Ende geht. Im Durchschnitt des kommenden Jahres wird die Erwerbstätigkeit nur noch geringfügig steigen. Die Bruttolöhne und -gehälter werden trotz rascher steigender Effektivlöhne schwächer expandieren als im laufenden Jahr, netto fällt die Zunahme aufgrund der verschärften Steuerprogression noch geringer aus. Bei verlangsamt steigenden realen Selbstständigeneinkommen werden die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 2009 noch langsamer anziehen als 2008. Die privaten Konsumausgaben werden vor diesem Hintergrund nur wenig zulegen.

## Preisaufltrieb schwächt sich nur wenig ab

Die Lebenshaltungskosten sind stark gestiegen; allerdings hat sich der Preisaufltrieb zuletzt leicht abgeschwächt. So lagen die Verbraucherpreise im Mai um 2,6 Prozent (laufende Jahresrate) über ihrem Stand von sechs Monaten zuvor, nach einer Rate von 3,3 Prozent zum Jahreswechsel (Abbildung 6). Deutlicher war der Rückgang beim Verbraucherpreisindex ohne Energie, der im Sechsmontatsvergleich mit einer laufenden Jahresrate von 1,5 Prozent (April) merklich langsamer anzog als noch im Dezember (2,5 Prozent). Während im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres und Anfang dieses Jahres besonders der Preisanstieg für Nahrungsmittel zur Inflation beitrug, stiegen seit Jahresanfang vor allem die Preise für Energie beschleunigt; im Sechsmontatsvergleich zog der Preisaufltrieb hier von 8,6 Prozent (Januar; laufende Jahresrate) auf zuletzt 16,1 Prozent (April)

Tabelle 3:

Reale Anlageinvestitionen 2006–2009 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

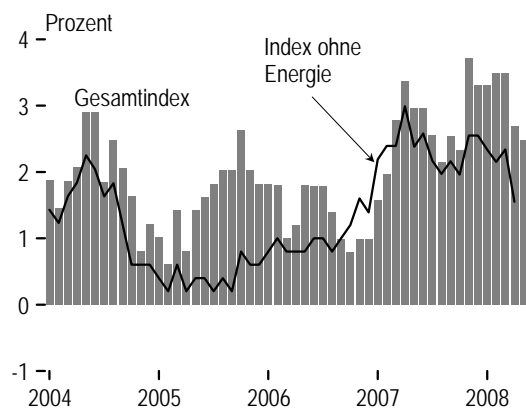
	2006	2007	2008 <sup>a</sup>	2009 <sup>a</sup>
Anlageinvestitionen	6,1	5,0	3,7	-0,3
Unternehmensinvestitionen	7,1	6,9	4,7	0,2
Ausrüstungen	8,3	8,2	6,0	0,7
Sonstige Anlagen	6,7	6,6	1,4	2,9
Wirtschaftsbau	4,0	3,5	2,6	-2,0
Wohnungsbau	4,3	0,6	1,6	-2,5
Öffentlicher Bau	4,9	7,2	3,7	4,1
Nachrichtlich:				
Bauinvestitionen	4,3	2,3	2,5	-1,5

<sup>a</sup>Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

## Konjunktur in Deutschland schwächt sich deutlich ab

Abbildung 6:  
Verbraucherpreisanstieg 2004–2008<sup>a,b</sup>



<sup>a</sup>Saisonbereinigt. — <sup>b</sup>Veränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

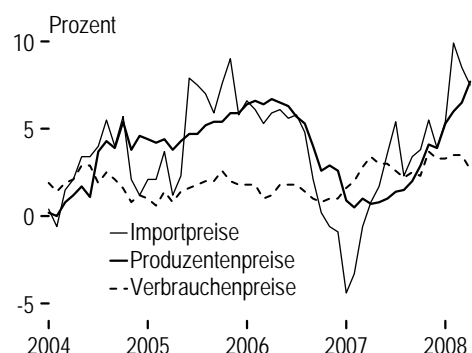
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

an, während die Preise für Nahrungsmittel nur noch um 5,2 Prozent (laufende Jahresrate) über ihrem Stand von vor sechs Monaten lagen, nach einer Rate von 12,1 Prozent im Januar.

Neben den Preisen auf der Verbraucherstufe legten in den vergangenen Monaten auch die Importpreise sowie die Produzentenpreise beschleunigt zu (Abbildung 7). Auch wenn diese Entwicklung aufgrund des stark gestiegenen Ölpreises am deutlichsten bei den Produzentenpreisen für Energieprodukte zu beobachten war, beschleunigte sich auch der Preisanstieg für andere wichtige Produktkategorien wie chemische Erzeugnisse und Vorleistungsgüter. Bedenkt man, dass die höheren Preise wohl zeitversetzt an die Verbraucher weitergegeben werden, spricht kurz- bis mittelfristig wenig für einen schnellen Rückgang der Verbraucherpreisinflation.<sup>7</sup>

<sup>7</sup> Eine Regression der Veränderung des Verbraucherpreisindex auf nach Signifikanz Gesichtspunkten ausgewählte verzögerte Veränderungen des Produzentenpreisindex, verzögerte Veränderungen des Importpreisindex sowie autoregressive Terme über den Zeitraum Februar 1971 bis April 2008 ergibt eine langfristige Elastizität der Verbraucherpreise zu den Produzentenpreisen von 0,47 und von 0,04 zu den Importpreisen.

Abbildung 7:  
Ausgewählte Preisindizes 2004–2008<sup>a,b</sup>



<sup>a</sup>Saisonbereinigt. — <sup>b</sup>Veränderungen in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Trotz unserer Annahmen eines konstanten Ölpreises von 130 US-Dollar sowie eines konstanten Wechselkurses des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1,58 für den gesamten Prognosezeitraum wird von den Energiekostenanstiegen des ersten Halbjahres in den nächsten Monaten wieder Druck auf die Verbraucherpreise ausgehen.<sup>8</sup> Dieser dürfte um den Jahreswechsel ausklingen. Darüber hinaus erwarten wir bei einer sich abschwächenden Weltkonjunktur von außenwirtschaftlicher Seite keinen Aufwärtsdruck auf die Preise. Von binnenwirtschaftlicher Seite spricht die Entwicklung der Arbeitskosten für weitere Preissteigerungen. So werden die nominalen Lohnstückkosten wohl im Jahr 2008 um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigen und im nächsten Jahr um 2,0 Prozent. Dämpfend auf den Preisauftrieb dürfte bei abflauernder Konjunktur wirken, dass die Gewinnmargen der Unternehmen wohl sinken werden.

Alles in allem erwarten wir für das laufende Jahr einen Anstieg der Lebenshaltungskosten um 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dabei dürfte sich der Preisauftrieb im Jahresverlauf

<sup>8</sup> So hat z.B. eine große Zahl von Energieversorgern angekündigt, die Gaspreise Mitte des Jahres um rund 19 Prozent zu erhöhen. Unter der Annahme, dass davon 75 Prozent aller Gaslieferungen an Verbraucher betroffen sind, ergibt sich rein rechnerisch ein Anstieg des Verbraucherpreisniveaus um rund 0,15 Prozent.

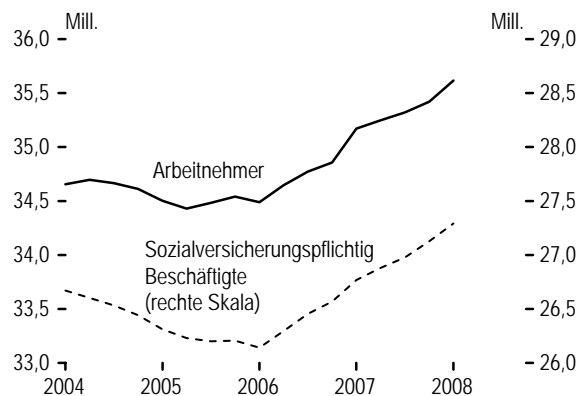
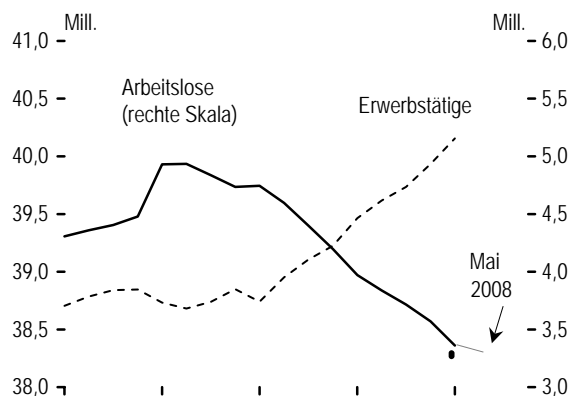
nur leicht abschwächen. Im Jahr 2009 wird die Verbraucherpreisinflation wohl noch 2,6 Prozent betragen. Die Revisionen von 0,5 bzw. 0,6 Prozentpunkten gegenüber unserer Prognose vom vergangenen März ergeben sich fast ausschließlich aus dem Anstieg des Ölpreises um 30 US-Dollar gegenüber unserer damaligen Annahme.<sup>9</sup>

### Aufschwung am Arbeitsmarkt geht zu Ende

Am Arbeitsmarkt deutet sich eine Abkühlung an. Zwar ist die zuletzt zu beobachtende Stagnation der Arbeitslosenzahl (Abbildung 8) wohl vornehmlich der durch verschiedene Sondereffekte bedingten außerordentlich starken Ausweitung der Beschäftigung im ersten Quartal geschuldet. Aber auch im weiteren Verlauf des Jahres sind angesichts rückläufiger Kapazitätsauslastung bei gleichzeitig steigenden Arbeitskosten kaum noch nennenswerte Beschäftigungsgewinne zu erwarten.

In den ersten Monaten des Jahres 2008 sind eine Reihe von neuen Tarifverträgen abgeschlossen worden. Die Abschlüsse deuten auf eine merkliche Beschleunigung des Tariflohnanstiegs im laufenden und im kommenden Jahr hin. Beim Bund und bei den Gemeinden werden die Stundenlöhne, einschließlich der vereinbarten Einmalzahlungen und der Arbeitszeiterhöhung, im laufenden Jahr um fast 4 Prozent zulegen. Im kommenden Jahr steigen die Löhne im öffentlichen Dienst insgesamt um rund 3 Prozent, wenn man unterstellt, dass die Entgelte für die Beschäftigten der Länder deutlich stärker angehoben werden als im Jahr 2008. In der Chemischen Industrie wurden für das laufende Jahr ein Lohnplus von 4,4 Prozent zu-

Abbildung 8:  
Arbeitsmarkt 2004–2008<sup>a</sup>



<sup>a</sup>Saisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3, Inlandsproduktsberechnung* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.).

zätzlich einer Einmalzahlung von 0,5 Prozent sowie eine abermalige Anhebung nach 14 Monaten um 3,3 Prozent vereinbart. Für die Gesamtwirtschaft erwarten wir vor diesem Hintergrund mit Blick auf das laufende Jahr ein Anziehen der tariflichen Stundenlöhne um 2,6 Prozent; im kommenden Jahr dürften die Tariflöhne um 3 Prozent steigen. Die Effektiventlohnung dürfte im laufenden Jahr etwa im selben Ausmaß zunehmen, im kommenden Jahr dürfte sie etwas darüber liegen.<sup>10</sup> Bereinigt um

<sup>9</sup> Barrell und Kirby (2008) berechnen auf Basis des NiGEM-Modells sogar einen Verbraucherpreiseffekt eines Ölpreisanstiegs, der etwas größer ist als der von unseren Preisgleichungen angezeigte Effekt.

<sup>10</sup> Die erhöhten Knappheiten in Teilen des Arbeitsmarktes wirken im gesamten Prognosezeitraum auf eine erhöhte Lohndrift hin. Im laufenden Jahr steht diesem Effekt die deutlich höhere Anzahl an Arbeitstagen entgegen, die für sich genommen dämpfend auf die Lohndrift wirkt.

den Anstieg des Deflators des Bruttoinlandsprodukts wird der Anstieg der Arbeitskosten mit 1 Prozent im laufenden und 1,3 Prozent im kommenden Jahr in der Nähe der trendmäßigen Zunahme der Arbeitsproduktivität liegen, die wir gegenwärtig auf 1 ¼ Prozent taxieren. Von den Arbeitskosten gehen daher im Prognosezeitraum kaum noch anregende Wirkungen auf die Beschäftigung aus.

Vor dem Hintergrund dieser Kostenentwicklung und unter Berücksichtigung des schwachen gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstiegs wird das Arbeitsvolumen im weiteren Verlauf dieses Jahres leicht zurückgehen. Die Beschäftigung wird zunächst weiter steigen, wenn auch deutlich langsamer als in den beiden zurückliegenden Jahren. Die Arbeitslosigkeit wird abnehmen, jedoch deutlich langsamer als bisher. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote wird voraussichtlich zum Jahresende mit 7,5 Prozent ihren zyklischen Tiefpunkt erreichen. Im kommenden Jahr wird sie wieder leicht anziehen, da die Unternehmen auf die Konjunkturschwäche und das abermalige Anziehen der Arbeitskosten dann auch mit Entlassungen reagieren werden. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Arbeitslosen 2009 gleichwohl mit 3,21

Millionen etwas niedriger sein als im Jahr 2008 (Tabelle 4). Die Erwerbstätigkeit wird leicht oberhalb der Marke von 40 Millionen verharren, die sie im vergangenen Herbst erstmals überschritten hat.

### Ausblick: Kapazitätsauslastung nimmt leicht ab

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird in der zweiten Hälfte dieses Jahres nur moderat zulegen. Vom Ausland dürften nur geringe Impulse ausgehen, da sich die Weltkonjunktur abschwächt und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der Euro-Stärke gelitten hat. Gleichwohl ist ein Einbruch der Ausfuhr nicht zu erwarten, zumal das Exportsortiment der deutschen Unternehmen mit einem hohen Anteil an Investitionsgütern im Hinblick auf die nach wie vor hohe Expansion in den Wachstumszentren der Weltwirtschaft sehr vorteilhaft ist. Die Konjunktur im Inland dürfte noch eine Zeitlang durch den Kostenanstieg infolge der

Tabelle 4:  
Arbeitsmarkt 2006–2009 (1 000 Personen)

	2006	2007	2008 <sup>a</sup>	2009 <sup>a</sup>
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Stunden)	56 001	56 945	57 804	57 742
Erwerbstätige (Inland)	39 088	39 765	40 320	40 357
Selbständige <sup>b</sup>	4 392	4 446	4 466	4 470
Arbeitnehmer (Inland)	34 696	35 319	35 854	35 887
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26 382	26 971	27 575	27 615
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 835	4 914	4 944	4 970
Pendlersaldo	82	78	75	72
Erwerbstätige (Inländer)	39 006	39 687	40 245	40 285
Arbeitnehmer (Inländer)	34 614	35 241	35 779	35 815
Registrierte Arbeitslose	4 487	3 776	3 253	3 207
Arbeitslosenquote <sup>c</sup> (Prozent)	10,8	9,0	7,8	7,7
Erwerbslosenquote <sup>d</sup> (Prozent)	9,8	8,3	7,1	7,0

<sup>a</sup>Prognose. — <sup>b</sup>Einschließlich mithelfender Familienangehöriger. — <sup>c</sup>Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — <sup>d</sup>Standardisierte Arbeitslosenquote nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Amtliche Nachrichten* (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

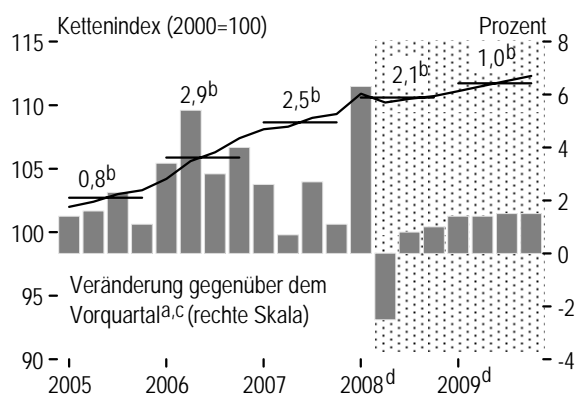
## Konjunktur in Deutschland schwächt sich deutlich ab

hohen Ölpreise belastet werden. In die gleiche Richtung wirken das relativ hohe Niveau der Zinsen am Geldmarkt und die Verschlechterung der Kreditkonditionen. Außerdem wird die Investitionstätigkeit durch die Eintrübung der Absatzaussichten im Ausland gedämpft. Daher dürften die Unternehmensinvestitionen kaum noch zunehmen. Die privaten Konsumausgaben werden sich nur leicht erholen, zumal der Preisaufrtrieb erst allmählich nachlässt und die Beschäftigung nur noch wenig zunehmen wird. Immerhin wird der Verbrauch der privaten Haushalte etwas höher sein als im Jahr 2007.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2008 voraussichtlich um 2,1 Prozent steigen (Abbildung 9). Die Unsicherheit für die Prognose haben wir erneut anhand von Konfidenzintervallen dargestellt. Die Spanne, in der die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2008 mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit liegt, reicht von 1,1 bis 3,1 Prozent (Abbildung 10).

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird sich nur noch wenig verbessern. Zum einen nimmt die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung ab, zum anderen gibt es vonseiten des Lohnanstiegs kaum noch Impulse für die Beschäfti-

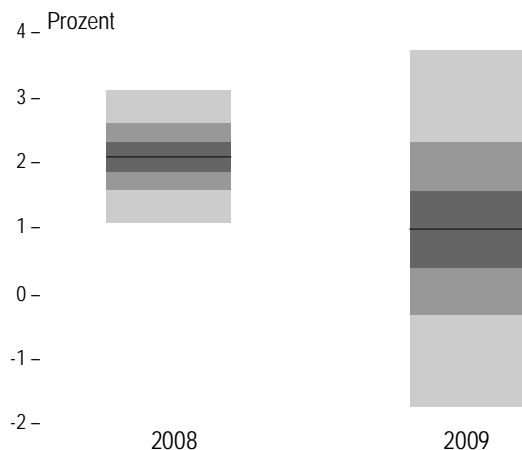
Abbildung 9:  
Reales Bruttoinlandsprodukt 2005–2009<sup>a</sup>



<sup>a</sup>Arbeitstäglich- und saisonbereinigt. — <sup>b</sup>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — <sup>c</sup>Auf Jahresrate hochgerechnet. — <sup>d</sup>Ab 2008 II: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Abbildung 10:  
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts<sup>a</sup> 2008 und 2009



<sup>a</sup>Prognostizierter Anstieg (Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Irrtumswahrscheinlichkeiten von 66, 33 und 5 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im zweiten Quartal der Jahre 1994–2007).

Quelle: Eigene Berechnungen.

gung. Im Durchschnitt des Jahres 2008 dürfte sich die Zahl der Arbeitslosen gleichwohl sehr deutlich, nämlich um reichlich 500 000 Personen, auf etwa 3,25 Millionen verringern (Tabelle 5). Die Inflationsrate dürfte sich allmählich zurückbilden, da – so unsere Annahme – der Ölpreis nicht weiter steigt und der Auftrieb bei den Nahrungsmittelpreisen nachlässt. Im Jahresdurchschnitt dürfte der Index der Verbraucherpreise um 2,9 Prozent höher liegen als im Vorjahr. Das ist die höchste Inflationsrate seit 15 Jahren.

Im kommenden Jahr dürfte die Weltwirtschaft wieder etwas rascher expandieren (Dovern et al. 2008), so dass die deutschen Exporte stärker zulegen dürften. Stützend wirkt auch, dass die negativen Effekte, die von der Euroaufwertung in diesem Jahr ausgehen, weitgehend abgeklungen sein werden. Somit wird sich der Wachstumsbeitrag von der Außenwirtschaft im Verlauf des Jahres nicht mehr verringern. Die Inlandsnachfrage wird in moderatem Tempo zunehmen. Dabei dürften die privaten Konsumausgaben annähernd stagnieren, auch weil sich die Zahl der Beschäftigten kaum noch

## Konjunktur in Deutschland schwächt sich deutlich ab

Tabelle 5:

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2007, 2008 und 2009<sup>a</sup>

	2007				2008				2009			
	I	II	III	IV	I	II <sup>b</sup>	III <sup>b</sup>	IV <sup>b</sup>	I <sup>b</sup>	II <sup>b</sup>	III <sup>b</sup>	IV <sup>b</sup>
Bruttoinlandsprodukt	2,6	0,7	2,7	1,1	6,3	-2,5	0,8	1,0	1,4	1,4	1,5	1,5
Private Konsumausgaben	-7,1	3,1	1,3	-3,1	1,3	1,0	1,7	0,5	0,2	0,2	0,0	0,0
Konsumausgaben des Staates	7,4	0,5	1,5	-2,5	5,1	1,6	2,5	2,1	1,9	1,9	1,9	1,9
Ausrüstungsinvestitionen	15,6	3,7	1,5	14,4	17,0	-9,0	2,5	-2,4	3,2	1,3	1,6	0,3
Bauinvestitionen	2,3	-14,4	3,0	-2,1	19,2	-9,0	-3,0	-1,2	0,5	0,5	0,6	0,2
Sonstige Anlagen	-9,3	17,1	12,4	16,8	-12,9	-6,7	4,8	-0,1	5,5	3,6	3,9	2,6
Vorratsveränderungen <sup>c</sup>	7,5	-4,4	1,2	0,2	2,8	-3,6	-0,8	0,5	1,1	0,0	-0,1	-0,2
Inländische Verwendung	6,3	-3,7	2,9	-1,0	7,9	-4,7	0,6	0,9	2,1	0,6	0,5	0,2
Ausfuhr	-1,4	3,3	10,3	5,1	10,1	13,0	-0,4	1,8	1,6	4,1	5,5	6,5
Einfuhr	6,4	-6,5	12,3	0,9	14,7	10,5	-1,1	1,7	3,1	2,8	3,9	4,3
Außenbeitrag <sup>c</sup>	-2,9	3,8	0,2	2,0	-0,6	2,3	0,2	0,2	-0,4	0,9	1,2	1,5
Beschäftigte Arbeitnehmer im Inland <sup>d</sup>	35 119	35 238	35 316	35 560	35 780	35 827	35 864	35 942	35 887	35 861	35 879	35 919
Arbeitslose <sup>d</sup>	3 970	3 840	3 717	3 572	3 361	3 274	3 233	3 145	3 206	3 235	3 215	3 171

<sup>a</sup>Kettenindizes. Saison- und arbeitstäglich bereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — <sup>b</sup>Prognose. — <sup>c</sup>Lundberg-Komponente. — <sup>d</sup>1 000 Personen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

erhöht; der Preisauftrieb wird jedoch nachlassen, so dass die real verfügbaren Einkommen von dieser Seite gestützt werden. Die Investitionstätigkeit dürfte leicht beschleunigt steigen, da sich die Absatzaussichten aufhellen; das Tempo bleibt allerdings mäßig. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im späteren Verlauf des Jahres 2009 wieder annähernd so stark zunehmen wie das Produktionspotential. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich ein Anstieg um 1,0 Prozent (Tabelle 6). Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich im Jahresverlauf kaum noch verbessern, die Zahl der Arbeitslosen wird 2009 etwa 3,2 Millionen betragen. Die Inflationsrate wird auch im kommenden Jahr deutlich über der Marke von 2 Prozent liegen (2,6 Prozent).

Risiken für die Konjunkturprognose bestehen nach wie vor im Zusammenhang mit der US-Immobilienkrise. Es ist schwer abzuschätzen, wie stark die Immobilienpreise in den Vereinigten Staaten noch fallen werden und welche Konsequenzen für die wirtschaftliche Aktivität dort und in der übrigen Welt zu erwarten sind (Doern und Janssen 2008). Mit dem andauernden Höhenflug der Rohstoffpreise, insbesondere des Erdölpreises, ergibt sich zudem ein

Problem für die Geldpolitik. Die EZB will gemäß ihrer Strategie sicherstellen, dass die Verbraucherpreise auf mittlere Sicht um weniger als 2 Prozent pro Jahr steigen. Ist der Auftrieb der Weltmarktpreise nicht nur vorübergehend, sondern hält er über Jahre an, kann die EZB ihr Ziel nur dann erreichen, wenn die im Inland bestimmten Preise langsamer – oder im Extremfall sogar gar nicht – steigen.<sup>11</sup> Daher ist es möglich, dass die EZB in naher Zukunft die Zinsen, anders als von uns unterstellt, anheben wird. Dies wird insbesondere der Fall sein, sollten die Inflationserwartungen anziehen. Die Konjunktur in Deutschland und im übrigen Euroraum würde dadurch aller Wahrscheinlichkeit nach gedämpft werden. Vergrößert wird dieses Risiko dadurch, dass letztlich fast alle Notenbanken vor demselben Problem stehen. Wenn sie entsprechend reagieren, werden auch die Impulse aus dem Ausland nachlassen.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu auch die Diskussion in Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2008: 71–72).

## Konjunktur in Deutschland schwächt sich deutlich ab

Tabelle 6:

Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2006–2009

	2006	2006	2007	2008 <sup>a</sup>	2009 <sup>a</sup>
	Mrd. Euro	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		2,9	2,5	2,1	1,0
Private Konsumausgaben		1,0	-0,4	0,7	0,4
Konsumausgaben des Staates		0,9	2,2	1,8	2,0
Anlageinvestitionen		6,1	5,0	3,7	-0,3
Ausrüstungsinvestitionen		8,3	8,2	6,0	0,7
Bauinvestitionen		4,3	2,3	2,5	-1,5
Sonstige Anlagen		6,7	6,6	1,4	2,9
Vorratsveränderung <sup>b</sup>		0,0	-0,1	0,0	0,0
Inländische Verwendung		1,9	1,0	1,4	0,5
Ausfuhr		12,5	7,8	7,8	3,3
Einfuhr		11,2	4,8	7,1	2,8
Außenbeitrag <sup>b</sup>		1,1	1,6	0,8	0,4
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 423,8	3,5	4,4	3,5	2,8
Private Konsumausgaben	1 374,4	2,3	1,2	3,5	3,0
Konsumausgaben des Staates	435,6	1,0	2,3	3,5	3,7
Anlageinvestitionen	449,6	6,7	7,8	5,0	1,0
Ausrüstungsinvestitionen	186,5	7,1	7,4	5,3	0,7
Bauinvestitionen	203,4	6,8	8,6	5,8	1,1
Sonstige Anlagen	27,1	3,7	3,3	-2,4	0,5
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)	-5,6	-4,7	-5,6	-5,8	-7,6
Inländische Verwendung	2 254,0	3,0	2,6	3,8	2,6
Ausfuhr	1 132,0	14,0	8,2	7,9	3,8
Einfuhr	962,2	14,3	4,6	9,4	3,7
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	169,8	126,4	169,8	168,7	175,8
Bruttonationaleinkommen	2 447,4	3,5	4,4	3,4	2,9
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		0,6	1,8	1,3	1,8
Private Konsumausgaben		1,4	1,7	2,8	2,6
Konsumausgaben des Staates		0,2	0,1	1,7	1,7
Ausrüstungsinvestitionen		-1,1	-0,7	-0,6	0,0
Bauinvestitionen		2,4	6,2	3,2	2,7
Sonstige Anlagen		-2,8	-3,1	-3,7	-2,3
Ausfuhr		1,3	0,4	0,1	0,5
Einfuhr		2,8	-0,2	2,1	0,9
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		1,6	2,3	2,9	2,6
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen		3,6	4,1	4,0	2,8
Arbeitnehmerentgelte		1,7	2,9	3,8	2,9
in Prozent des Volkseinkommens		65,6	64,8	64,7	64,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen		7,2	6,6	4,3	2,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte		1,9	1,6	3,2	2,7
Sparquote (Prozent)		10,5	10,9	10,6	10,5
Lohnstückkosten, real <sup>c</sup>		-1,7	-1,5	0,2	0,1
Produktivität <sup>d</sup>		2,4	0,8	0,7	1,2
Arbeitslose (1 000)	4 487		3 776	3 253	3 207
Arbeitslosenquote (Prozent)		10,8	9,0	7,8	7,7
Erwerbstätige <sup>e</sup> (1 000)	39 088	39 765	40 320	40 357	
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-37,3	3,3	3,6	2,8
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt		-1,6	0,1	0,1	0,1
Schuldenstand <sup>f</sup>		67,6	65,0	62,6	61,4

<sup>a</sup>Prognose. — <sup>b</sup>Lundberg-Komponente. — <sup>c</sup>Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. — <sup>d</sup>Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je geleisteter Erwerbstätigenstunde. — <sup>e</sup>Inlandskonzept. — <sup>f</sup>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.



## Zur Diskussion über die Steuerpolitik

---

Die mittelfristigen Aussichten für die deutsche Wirtschaft sind zwar günstiger als noch vor wenigen Jahren. Gleichwohl dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahr 2012 um lediglich 1 ½ Prozent steigen.<sup>12</sup> Auch dürfte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nach 2008 kaum verbessern; damit bleibt die Arbeitslosenquote in Deutschland nennenswert höher als in vergleichbaren Industrieländern. Wesentlicher Grund hierfür ist, dass zusätzliche Arbeitsmarktreformen nicht geplant sind, einige Reformen sogar zurückgenommen werden und durch die Einführung von Mindestlöhnen die Beschäftigungschancen vermindert werden. Unter diesen Umständen ist nicht damit zu rechnen, dass sich die Lohnzurückhaltung fortsetzt.

Von der Wirtschaftspolitik sind in diesem und im kommenden Jahr keine Maßnahmen zu erwarten, welche die Aussichten für Wachstum und Beschäftigung verbessern würden.<sup>13</sup> Zwar ist eine Debatte darüber entbrannt, ob die Belastung durch Steuern und Sozialabgaben verringert werden sollte. Doch sind die Konzepte wohl zu verschieden, als dass darüber noch in dieser Legislaturperiode in der Regierungskoalition Einvernehmen erzielt werden könnte. Zudem wird von einigen Vertretern der Bundesregierung auf absehbare Zeit „kein Spielraum“ gesehen, die Steuern zu senken. Diese Einschätzung ist dann richtig, wenn der Staat seine Ausgaben weiter kräftig erhöht und gleichzeitig anstrebt, eine Neuverschuldung zu vermeiden. Während das Ziel eines mittelfristig ausgeglichenen Haushalts weitgehend akzeptiert ist und zudem aus den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts folgt, ist der Ausgabenpfad jedoch nicht „vorgegeben“. Wenn die Staatsausgaben insgesamt spürbar langsamer steigen als

das nominale Produktionspotential, dann entsteht durchaus ein Spielraum für Steuersenkungen.<sup>14</sup>

In manchen Vorschlägen zur Steuerreform steht die Umverteilung im Vordergrund. Sollten vor allem niedrige Einkommen entlastet und hohe Einkommen belastet werden, so wäre für Wachstum und Beschäftigung nichts gewonnen. Wahrscheinlich wäre dies sogar kontraproduktiv, weil die Investitionstätigkeit und das Arbeitsangebot beeinträchtigt werden können, wenn der Verlauf des Steuertarifs steiler wird. Die Steuerpolitik sollte vielmehr darauf abzielen, die Arbeits-, Spar- und Investitionsanreize generell zu erhöhen. Das bedeutet, dass die marginalen Steuersätze umfassend gesenkt werden müssten. Die Effekte für Wachstum und Beschäftigung wären dann besonders groß, wenn der Staat gleichzeitig Finanzhilfen kürzte und verzerrende Eingriffe in das Steuersystem (insbesondere durch Steuervergünstigungen) abbaute.<sup>15</sup> Trotz aller Versprechungen etwa im Herbst 2003, als die sogenannte Koch-Steinbrück-Liste erstellt worden war, wurde der Kurs der Subventionskürzungen nach einigen ersten Schritten nur unzureichend fortgesetzt. Zwar wurde die Eigenheimzulage abgeschafft, es wurden aber auch neue Steuervergünstigungen eingeführt (Boss 2008).

Im Rahmen der steuerpolitischen Diskussion wird auch vorgeschlagen, die Beiträge zur Sozialversicherung zu senken und die Einkommensteuer aufkommensneutral zu erhöhen. Dabei werden Beiträge und Steuern gleichgesetzt. Tatsächlich unterscheiden sie sich aber. Den Beiträgen stehen – jedenfalls grundsätzlich, wenngleich in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung in unterschiedlichem Umfang und bei einem im Zeitablauf insgesamt abnehmendem Ausmaß – Leistungen der Sozialversicherung gegenüber; es gilt prinzipiell das

---

<sup>12</sup> Vgl. die Mittelfristprognose im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2008: 60–62).

<sup>13</sup> Für eine Reihe von Vorschlägen für die Wirtschaftspolitik vgl. Boss et al. (2008).

<sup>14</sup> Dieser Spielraum kann auch dazu genutzt werden, die staatlichen Investitionen in Bildung und Forschung und in die Infrastruktur zu erhöhen. Dies ist z.B. im Rahmen der Strategie der „qualitativen Konsolidierung“ beschrieben. Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2007: 57–58).

<sup>15</sup> Vgl. hierzu insbesondere Boss und Rosenschon (2008).

Äquivalenzprinzip.<sup>16</sup> Steuern dienen dagegen der Finanzierung allgemeiner Staatsausgaben. Eine Umschichtung der Staatseinnahmen, die über Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherung realisiert wird, lässt sich nur in dem Maße begründen, in dem die Sozialversicherungsträger versicherungsfremde Leistungen<sup>17</sup> tätigen; im Interesse einer größeren Transpa-

renz wäre es freilich besser, die betreffenden Ausgaben der Sozialversicherung in den Haushalt des Bundes zu verlagern. Wenn gleichwohl verstärkt umgeschichtet werden soll, dann ist eine Senkung des Beitragssatzes für alle Beitragszahler angebracht, nicht eine zusätzliche Staffelung des Beitragssatzes und damit die Entlastung spezifischer Gruppen.

## Literatur

---

- Barrell, R., und S. Kirby (2008). Oil Prices and Growth. *National Institute Economic Review* 204: 39–42.
- Boss, A. (2007). Stärkere Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung! *Wirtschaftsdienst* 87 (12): 800–806.
- Boss, A. (2008). Steuervergünstigungen in Deutschland: eine Aktualisierung. Kiel Working Papers 1398. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., C.-P. Meier und J. Scheide (2008). Abschwächung der Konjunktur in Deutschland – was nun zu tun ist. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2008*. Kieler Diskussionsbeiträge 449/450. IfW, Kiel.
- Boss, A., und A. Rosenschon (2008). Der Kieler Subventionsbericht: eine Aktualisierung. Kieler Diskussionsbeiträge 452/453. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigung in Deutschland – Monatszahlen*. Nürnberg.
- Eurepo (2008). Historical Data. Via Internet (29. Mai 2008) <<http://www.eurepo.org/eurepo/historical.html>>.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Bank Lending Survey*. Frankfurt am Main.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Dovern, J., und N. Jannsen (2008). Immobilienmarktkrise in den Vereinigten Staaten. Historischer Vergleich und Implikationen für den Konjunkturverlauf. Kieler Diskussionsbeiträge 451. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

---

<sup>16</sup> Am weitaus wenigsten ist dies in der gesetzlichen Krankenversicherung und in der sozialen Pflegeversicherung der Fall. In der Renten- und in der Arbeitslosenversicherung hängen dagegen die Transfers stark von den geleisteten Beiträgen ab.

<sup>17</sup> Zu deren Ausmaß vgl. Sachverständigenrat (2005).

## Konjunktur in Deutschland schwächt sich deutlich ab

- Dovern, J., K.-J. Gern, J. Hogrefe, N. Jannsen, B. van Roye und J. Scheide (2008). Deutlich verlangsamte Expansion der Weltwirtschaft. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2008. Kieler Diskussionsbeiträge 454/455. IfW, Kiel. In diesem Heft.
- ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.) (lfd. Jgg.). *ifo-Konjunkturperspektiven*. München.
- IMF (International Monetary Fund) (lfd. Jgg.). *International Financial Statistics*. Washington, D.C.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2007). Aufschwung legt Pause ein. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2007. Essen.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2008). Folgen der US-Immobilienkrise belasten Konjunktur. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2008. Essen.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2005). *Die Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen. Jahresgutachten 2005/2006*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Inlandsproduktsberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse*. Wiesbaden.